

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
181 · Ausgabe BE · April 2019



JA zum Volks- vorschlag «wirksame Sozialhilfe»



AM 19. MAI STIMMEN DIE BERNERINNEN UND BERNER ÜBER DAS SOZIALHILFEGESETZ AB. SIE HABEN DABEI DIE WAHL ZWISCHEN EINER KÜRZUNGSVORLAGE UND DEM VOLKSVORSCHLAG «WIRKSAME SOZIALHILFE». MIT DEN MASSNAHMEN DES VOLKSVORSCHLAGS WERDEN MEHR PERSONEN DEN WEG AUS DER SOZIALHILFE FINDEN.

Die Sozialhilfe im Kanton Bern soll um mindestens 8 Prozent gekürzt werden, mitunter sogar um bis zu 30 Prozent. Diese Einsparungen hätten gravierende Folgen für die Betroffenen. Die tieferen Ansätze reichen kaum mehr zum Leben. So stehen einer vierköpfigen Familie für die Ernährung noch ganze fünf Franken pro Tag und Person zur Verfügung. Die geplanten Kürzungen betreffen gerade auch Kinder und Jugendliche: Diese machen heute einen Drittel der unterstützten Personen in der Sozialhilfe aus.

Weniger Sozialhilfebeziehende dank dem Volksvorschlag

Viel sinnvoller ist es, die Sozialhilfe wirksamer zu machen, was mittel- und langfristig zu tieferen Kosten führt und vor allem auch den bedürftigen Personen hilft. Das Komitee «Wirksame Sozialhilfe» will mit dem Volksvorschlag den geplanten Kürzungen im Sozialhilfegesetz folgende wirksame Massnahmen gegenüberstellen: Gezielte Weiterbildung für Stellensuchende, respektvoller Umgang mit über 55-jährigen Arbeitslosen, weiterhin Unterstützungsleistungen gemäss SKOS-Ansätzen.

Gute Arbeit für alle

Die berufliche Qualifizierung von Stellensuchenden wird immer wichtiger. Der Kanton Bern soll deshalb ein bedarfsgerechtes Angebot bereitstellen, damit Personen in der Sozialhilfe gezielt weitergebildet werden können und wieder eine Stelle finden. Das hilft den Betroffenen und senkt die Kosten in der Sozialhilfe. Die Sozialdienste sollen unterstützte Personen zur Teilnahme an solchen Qualifizierungsmassnahmen verpflichten können. Damit Personen, die Sozialhilfe beziehen, wieder eine Stelle finden, muss der Kanton eng mit der Wirtschaft zusammenarbeiten und besondere Programme und Projekte fördern. So können unterstützte Personen rascher und erfolgreicher in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Ältere Arbeitslose würdig behandeln

Wer nach dem Erreichen des 55. Altersjahrs arbeitslos wird und vorher lange gearbeitet hat, soll

besser vor Altersarmut geschützt werden: Diese Personen sollen Unterstützung gemäss den Bestimmungen über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV erhalten. So werden diese Personen würdig behandelt und nicht gezwungen, kurz vor der Pensionierung ihr ganzes Vermögen aufzubreuchen.

Unterstützungsleistungen in der Sozialhilfe sollen sich generell nach den SKOS-Richtlinien richten, die schweizweit anerkannt sind und von der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren verabschiedet werden. Das stellt insbesondere sicher, dass Kinder und Jugendliche nicht unter Kürzungen leiden.

Revision des Sozialhilfegesetzes

Vorlage des Grossen Rates **Nein**

Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe **Ja**

Stichfrage

Vorlage Grosser Rat

Volksvorschlag

www.wirksame-sozialhilfe.ch



«Ich bin zuversichtlich»

INTERVIEW MIT MARGRIT JUNKER-BURKHARD, VIZEPRÄSIDENTIN DER SP KANTON BERN UND MITGLIED DER GESUNDHEITS- UND SOZIALKOMMISSION IM GROSSEN RAT ZUM SP-SICHT AUF DIE ABSTIMMUNG ÜBER DEN VOLKSVORSCHLAG «WIRKSAME SOZIALHILFE».

Warum hat man nicht einfach das Referendum gegen die Revision des Sozialhilfegesetzes ergriffen und macht stattdessen einen Volksvorschlag?

Es soll für die Leute einfacher werden, wieder aus der Sozialhilfe rauszukommen, hiess es in der Diskussion um das neue Sozialhilfegesetz oft. Damit sind wir einverstanden. Beschlossen wurde aber ein schlechtes, weil unsoziales und kontraproduktives Gesetz. Wir haben deshalb den Volksvorschlag lanciert, damit die Stimmbürgerinnen und

Stimmbürger das schlechte Gesetz ablehnen und trotzdem für wirksame Sozialhilfe stimmen können.

Warum ist der Volksvorschlag wirksam?

Weil er von der sozialen Realität ausgeht: Wer als SozialhilfebezügerIn auf dem Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt ist, schafft es nicht durch Leistungskürzungen, sondern durch gezielte Aus- und Weiterbildung. Und auch weil er drängende Missstände aufnimmt, die in der Vorlage des Grossen Rates vernachlässigt werden, wie Arbeitslosigkeit im Alter. Wer jahrelang gearbeitet hat, soll Ergänzungsleistungen erhalten, statt kurz vor der Pensionierung sein Ersparnis aufbrauchen zu müssen.

«Der Volksvorschlag ist wirksamer, weil er von der sozialen Realität ausgeht.»

Wird das nicht viel kosten?

Langfristig fährt die Gesellschaft mit dem Volksvorschlag viel günstiger als mit der Abbauvorlage. In der Zahlendiskussion gibt es auch viel Schwarzmalerei. Wir mussten dafür sorgen, dass eine Expertenkommission die Zahlen im ursprünglichen Bericht des Regierungsrats überprüft, und bekam Recht: Die Abstimmungsbotschaft wurde entsprechend abgefasst.

Der Abstimmungskampf läuft, wie schätzt du die Chancen für den Volksvorschlag ein?

Ich bin zuversichtlich, denn ich erhalte nicht nur im direkten Gespräch gute Rückmeldun-

gen. Auch bei vielen Organisationen geht etwas. So haben sich die Landeskirchen des Kantons Bern für den Volksvorschlag ausge-

«Wir lassen es nicht zu, dass am Fundament unseres Sozialstaats gesägt wird.»

sprochen. Indem die Sozialhilfedirektorenkonferenz zu einheitlichen, kantonsübergreifenden Richtlinien in der Sozialhilfe aufgerufen hat, wird das Berner Abbauvorhaben indirekt deutlich kritisiert.

Die Unterstützung für den Volksvorschlag ist breit, möglich wurde er aber insbesondere durch den grossen Einsatz der SP. Warum ist das Thema für uns so wichtig?

Einen Abbau bei der Sozialhilfe, der erst noch kontraproduktiv ist, können wir als SP nicht durchgehen lassen. Wir lassen es nicht zu, dass am Fundament unseres Sozialstaats gesägt wird. Zudem ist es äusserst wichtig, dass der Kanton Bern sich nicht als erster von den SKOS-Richtlinien verabschiedet.

Was gilt es in den nächsten Wochen noch zu tun?

Erstens: Alle unsere Leute müssen abstimmen gehen – sprechen wir mit unserem Umfeld und erinnern die Leute daran, wie wichtig die Abstimmung ist. Zweitens: Das Wie beim Abstimmen ist zentral: Nein zum Kürzungsvorschlag des Grossen Rates, Ja zum Volksvorschlag, Stichfrage Volksvorschlag.

Fortsetzung von Seite 9

JA zum Volksvorschlag, Nein zur Vorlage des Grossen Rats

Wer wirklich Kosten senken will, muss nicht die Beiträge kürzen, sondern mehr Menschen aus der Sozialhilfe herausholen. Mit den geplanten Kürzungen kann zwar kurzfristig ein bisschen gespart werden, aber es gibt deswegen nicht weniger Sozialhilfebeziehende. Mit dem Volksvorschlag finden mehr Menschen wieder eine Arbeitsstelle. Das hilft vor allem den Direktbetroffenen und sorgt zudem für spürbar tiefere Kosten in der Sozialhilfe. Längerfristig sparen die Steuerzahler deshalb mit dem Volksvorschlag deutlich mehr. Stimme deshalb NEIN zur Vorlage des Grossen Rats, JA zum Volksvorschlag «Wirksame Sozialhilfe» und setze bei der Stichfrage das Kreuz beim Volksvorschlag.

Frauenstreik vom 14. Juni 2019: Jetzt geht's los!

AM 8. MÄRZ, AM TAG DER FRAUENRECHTE, LEGTEN DIE SP-FRAUEN KANTON BERN DEN GRUNDSTEIN FÜR DEN KOMMENDEN FRAUENSTREIK. ELFIE SCHÖPF, KOORDINATORIN DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES DES FRAUENSTREIKS 1991, STIMMTE DIE VIELEN ANWESENDEN FRAUEN MIT AMÜSANTEN GESCHICHTEN VON DAMALS AUF DIE NACHFOLGENDEN WORKSHOPS EIN, IN WELCHEN IDEEN FÜR STREIK-AKTIONEN DISKUTIERT WURDEN.

Flavia Wasserfallen spannte in ihrer Begrüssung den Bogen von ihrer eigenen Kindheit zur derjenigen ihrer Kinder. 1991 erlebte sie den ersten Frauenstreik als kleines Mädchen, und nun stehe ihrer Tochter ein ähnlich bleibendes Erlebnis bevor. Elfie Schöpf liess mit ihrem Referat die Geschichte des ersten Frauenstreiks aufleben, welcher – bunt und lustvoll – eine unerhörte Provokation war. An zahlreichen Orten in der ganzen Schweiz fanden witzige Aktionen statt: Männer bügelten Wäsche der Frauen, bedienten Freiluftcafés oder hüteten Kinder. Gewerkschafterinnen brachten den Verkäuferinnen Stühle in die Warenhäuser – aus Protest gegen verbotene Sitzgelegenheiten. Elfie Schöpf schloss mit den Worten: «Ohne Frauenstreik hätte es zwei Jahre später keine Bundesrätin gegeben. Für die volle Lohngleichheit und viele weitere Frauenforderungen ist jedoch noch einiges an Kraftaufwand erforderlich.»

Den ersten Workshop zum Thema Lohnungleichheit leiteten Ursula



Kornelia Hässig, Co-Präsidentin SP Frauen Kanton Bern, Grossrätin, Zollikofen

Marti und Lea Haller. Lohnunterschiede zeigen sich schon zu Beginn der beruflichen Laufbahn: Der unerklärbare Unterschied beträgt bereits hier 7 % oder 280 Franken im Monat. Je höher die Stellung und je niedriger der Frauenanteil, desto grösser die Lohnunterschiede. Die Gründe sind vielfältig: Sie sind auf tief verankerte Geschlechterstereotypen zurückzuführen, wie auch auf ungenügende familienexterne Kinderbetreuungsangebote oder schlicht auf Ungleichbehandlung durch den Arbeitsmarkt.

Im zweiten Workshop führte Samantha Dunning durch das Thema Gleichstellung. Der Fokus des Workshops wurde auf die unbezahlte Care-Arbeit gerichtet und die ungleichen Spiesse von Mann und Frau in diesem Bereich. Das in der Schweiz mit 47,7 % dominierende Familienmodell ist, dass Frauen Teilzeit und Männer Vollzeit arbeiten. Beim zweithäufigsten Modell (21,8 %) bleibt die Frau zuhause und der Mann arbeitet Vollzeit. Frauen sind somit auf dem Arbeitsmarkt weniger

präsent und haben deshalb Einbusen bei den Sozialversicherungen, da Care-Arbeit nicht entlohnt ist.

Der dritte Workshop von Regina Fuhrer und Tamara Funciello befasste sich mit dem Thema Gewalt an Frauen. Die Zahlen sagen alles: Alleine in der Schweiz sterben pro Jahr 25 Menschen an häuslicher Gewalt (davon 80 % Frauen und Kinder) und werden rund 600 Vergewaltigungen angezeigt. Dazu kommt jede Woche ein Tötungsversuch. Die Zahlen schockieren! Der Nährboden für diese Gewalt ist vielschichtig: wirtschaftliche Abhängigkeit, veraltete Rollenbilder/Machtansprüche, Eifersucht, Erziehung etc.

In der Schlussrunde wurden die Ergebnisse der Workshops auf Pinnwänden präsentiert und Meret Schindler zeigte auf, in welchem Rahmen der Streik ablaufen wird. Nun gilt es, die erarbeiteten Ideen weiterzuspinnen und mit originellen Aktivitäten den nächsten Frauenstreik zu einem unvergesslichen Tag zu machen, welcher seine Wirkung nicht verfehlt und die Frauenanliegen wieder einen grossen Schritt weiterbringt. Einen Dank allen Frauen für das engagierte Mitun – es gibt viele Gründe für einen erneuten Streik!

Mach mit! Frauen*, die mit uns in der AG Frauenstreik Aktionen für den 14. Juni planen möchten, können sich melden unter frauen@spbe.ch. Wir freuen uns auf euch!



Konstantin Wecker Jo Barnikel

kommen nach Bützberg mit
«Solo zu zweit»



**ABA Arbeiter-Bildungs-Ausschuss
Thunstetten-Bützberg**

**MEZWAN, Schulanlage Byfang, Bützberg
Donnerstag, 6. Juni 2019, 20.00 Uhr**

Vorverkauf:

ab sofort über Mail
oder Telefon
oder Homepage

Abendkasse:

Eintrittspreise:

chr.roethlisberger@bluewin.ch
062 963 09 51
aba-thunstetten-buetzberg.ch
geöffnet ab 19.15 Uhr
Kategorie A Fr. 50.–
solange Vorrat, (danach automatisch
Kategorie B)
Kategorie B Fr. 40.–

AGENDA

Kantonale Parteitage 2019

Weitere Termine

Samstag, 25. Mai 2019
10 – 15 Uhr in Utzenstorf

Samstag, 29. April 2019
Kantonaler Aktionstag zum
Volksvorschlag wirksame
Sozialhilfe

Mittwoch,
6. November 2019
19 – 21.30 in Bern

Sonntag, 19. Mai 2019
Abstimmungen

Bitte beachten: Ab 2019
werden die Unterlagen für
die Parteitage nur noch
elektronisch verschickt, der
Papierversand entfällt.

Samstag, 22. Juni 2019
Kantonaler Sammeltag
Prämien-Entlastungs-
Initiative

WECHSEL IM SEKRETARIAT

Seit Anfang Februar arbeitet Karin Amatucci (Bild) neu im SP-Sekretariat und kümmert sich ums Buchhaltungswesen. Sie wohnt mit ihrer Familie in Detligen im Seeland und arbeitet jeweils dienstags und freitags. Mit dem Wechsel des Sekretariats leider verlassen hat Rosa Treu. Ihr dankt die SP Kanton Bern herzlich für ihre Arbeit.



Den Streikenden sei Dank!

Systemwandel statt Klimawandel! Die Jungen stellen grosse Forderungen. Sie zwingen uns, Althergebrachtes zu überdenken. Sie fordern Lösungen und wir stehen in der Pflicht. Die bürgerlichen Politiker (die weibliche Form erübrigt sich hier) schwitzen Blut. Lösungen sind nicht ihre Stärke, sie vertreten vor allem die Interessen von Grosskonzernen und Wirtschaftsverbänden.

Bereit, über Lösungen zu diskutieren? Gratis ÖV für alle. Strassenbau-Moratorium. Velowege ausbauen. Erneuerbare Heizsysteme stärker subventionieren. Mobility stärken. Leasing verbieten ...

2019 ist auch Frauenstreik-Jahr. Auch die Frauen stellen Forderungen. Sie haben genug von Lohnun-

gleichheit, von schlecht bezahlter Arbeit, von weniger Geld im Alter, von unbezahlter Care-Arbeit, von Diskriminierung. Auch hier Schnecken-tempo und Weigerung.

Bereit? Zeitgemässer Elternurlaub. Volle Lohntransparenz. Keine Lohn-Exzesse und Tieflohne. Recht auf Reduktion der Arbeitszeit. Genügend subventionierte Kitaplätze. Individualbesteuerung ...

Unbequeme Forderungen und Umlagerung von Geldflüssen haben einen schweren Stand. Ein ermüdendes Seilziehen gegen die bürgerliche Macht. Wird der Druck der Strasse endlich die Wende bringen? Wir müssen die unbequeme Partei bleiben, welche die Gesellschaft voranzieht. Schreiben wir weiter zukunftsgerichtete Vorstösse und

Rote Feder

lassen wir die Finger von Deals mit den Reichen und Mächtigen! Die Zukunft hat begonnen und sie wird hoffentlich anders! Den Streikenden sei Dank!

*Kornelia Hässig,
Co-Präsidentin
SP Frauen
Kanton Bern,
Grossrätin,
Zollikofen*

